

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F XVIII, 133

Bonn, den 17. Juli 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1	In gespannter Erwartung ----- Moskau - Washington - Peking	48
2 - 2a	Wer hat den härtesten Kopf ? ----- Finanzpolitik - wie sie nicht sein soll Von Heinrich G. Ritzel, MdB	71
3 - 4	Auch ein nationaler Notstand ----- Kultusministerkonferenz empfiehlt Maßnahmen gegen Lehrermangel Von Dieter Bielenstein	82
5 - 6	In Peru: Rückkehr zur Demokratie ? ----- Nach langer Zeit: Wahlen nach demokratischen Regeln Von einem gelegentlichen Mitarbeiter	59
6	Volkswagensaktien ----- Eine Entscheidung, auf die Hunderttausende warten	39

Chefredakteur Gunter Markscheffel

In gespannter Erwartung

Moskau - Washington - Peking

G. M. - Die Blicke nach Moskau gerichtet, erleben wir zur Zeit ein dramatisches Schauspiel, dessen einzelne Phasen - jede für sich - auch für unser Schicksal größte Bedeutung haben können. Ob es sich hierbei um die ideologischen Auseinandersetzungen zwischen den chinesischen und russischen Kommunisten handelt, oder um das ost-westliche Dreiertreffen, bei dem ein Stop der Atomtests ausgehandelt werden soll, alles deutet darauf hin, daß in Moskau gerade jetzt Meilensteine neuer Entwicklungen gesetzt werden.

Die im Westen seit vielen Jahren genährte Vorstellung, der kommunistische Osten sei ein monolithischer Block, kann revidiert werden. Der Prozeß der inneren Diskussion des Kommunismus über den "richtigen Weg" hatte eigentlich schon 1947/48 mit der Auseinandersetzung zwischen Tito und Stalin eingesetzt. Er wurde überdeckt durch die Fronten des Kalten Krieges, liegt aber heute offen zutage, da West und Ost voneinander wissen, daß eine gewaltsame Auseinandersetzung, ein Weltkrieg No. III im Atomzeitalter, den Besitzstand jedes der Kämpfenden vernichten würde; ganz gleich, ob dieser Besitzstand auf dem Fundament einer freiheitlichen Ordnung oder auf dem einer kommunistischen Gesellschafts- und Organisationsform entstanden ist und beruht.

Die bisher Neutralen sind nicht mehr neutral, was am deutlichsten aus der Tatsache hervorgeht, daß Indien heute bereit ist, von Moskau eine massive militärische Hilfe zum Schutz von Peking anzunehmen.

Die "chinesische Krankheit" jedoch bleibt nicht auf China beschränkt. Sie verbreitet sich und läßt ihre Fieberkurven sogar in Städten wie Paris, Brüssel und Rom in Erscheinung treten, wo von chinesischen Kommunisten fabrizierte Flugblätter zum Kampf gegen den "Verräter Chruschtschow" unter den Anhängern der westlichen kommunistischen Parteien verteilt werden.

Daß gerade in diesem Augenblick der Westen in Moskau mit Chruschtschow über einen Stop der Atomtests verhandelt, ist gewiß kein Zufall. Auch die westlichen Atombombenbesitzer müssen sich beeilen, um Chruschtschow zu helfen, mit jenen Kräften fertig zu werden, die morgen vielleicht bereit sein könnten, zum Atomkrieg mit den "Kapitalisten" - zu denen sie jetzt sogar schon Chruschtschow rechnen, - anzutreten.

Ein positives Ergebnis der Moskauer Ost-Westverhandlungen liegt also im beiderseitigen Interesse. Man wird sich jedoch beeilen müssen, denn nicht nur in Peking, sondern auch in Paris wurde bereits angekündigt, man werde sich durch irgendwelche Ergebnisse der Moskauer Ost-Westgespräche nicht gebunden fühlen ...

Aus allen diesen Gründen wäre ein noch so bescheidenes Ergebnis der Moskauer Atomverhandlungen durchaus begrüßenswert. Es würde uns im Westen die Möglichkeit bieten, die eigenen Schwierigkeiten zu glätten, und dem mächtigsten Gegenspieler des Westens, Chruschtschow, die Chance offen halten, sich in seinem Hause durchzusetzen.

## Wer hat den härtesten Kopf ?

Finanzpolitik - wie sie nicht sein soll

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Man spielt Krieg miteinander, so, als ob eine endliche Verständigung nicht eine Schicksalsfrage unseres Volkes sei. Wir meinen das Katz- und Mausspiel zwischen Bund und Ländern in Bezug auf die Anteile an der Einkommen- und Körperschaftssteuer. Es ist überflüssig und fast langweilig, den Tatbestand noch einmal zu wiederholen, es genügt die Feststellung: der Bund will nicht, was die Länder wollen, die Länder wollen nicht, was der Bund will. Man operiert gegenseitig mit Zahlen, die man wiederum gegenseitig anzweifelt, man ignoriert Tatsachen, man entzieht sich der eignen, letzten Verantwortlichkeit und überläßt es möglicherweise einem Zufallsentscheid des wieder anzurufenden Vermittlungsausschusses, der dann ohne Aussprache angenommen oder abgelehnt werden muß. Das alles nennt sich Finanzpolitik. Das alles gilt dem Ausgleich des ohne Ausgleich Gesetz gewordenen Haushaltsplans für 1963, der, und darauf muß man in aller Bescheidenheit doch einmal aufmerksam machen, am 1. Januar 1963 begann und der am 31. Dezember 1963 endet. Von diesen zwölf Monaten sind siebeneinhalb Monate vorbei. - Wir haben keinen Haushaltsplan !

Nach amtlichen Quellen stiegen die Steuereinnahmen des Bundes in den Jahren 1959-62 um 44 Prozent, die der Länder um 67 Prozent, die der Gemeinden um 29 Prozent. Insgesamt stiegen die Steuereinnahmen der drei Steuerpartner um 46 Prozent. Da die Gemeinden und Gemeindeverbände (Kreise) von den Ländern zu alimentieren sind, ist es berechtigt, dem Steuerwachstum des Bundes von 44 Prozent auch das Steuerwachstum der beiden Partner Länder und Gemeinden mit zusammen 96 Prozent oder je Teil mit 48 Prozent gegenüber den 44 Prozent des Bundes entgegenzuhalten. Erlaubt das geringe Mehr des Länder-Gemeinde-Durchschnitts die Forderung des Bundes auf mehr als 38 Prozent Anteil an der Einkommen- und Körperschaftssteuer? Wir meinen nicht !

Nach Artikel 28 des Grundgesetzes muß den Gemeinden das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Auch die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereichs nach

17. Juli 1963

Maßgabe der Gesetze das Recht der Selbstverwaltung. In den Gemeinden wohnen und leben diejenigen Steuerpflichtigen, deren Steuerleistung, die Lohnsteuer, einen unveränderten Trend nach oben aufweist. Diese Lohnsteuerpflichtigen, um deren Steuerleistung sich Bund und Länder streiten, sehen diesem Streit mit sehr gemischten Gefühlen zu. Dem Ertrag ihrer Arbeit verdanken sie ein höheres Lebensniveau und dieses höhere Niveau verlangen sie auch von der Gemeinde, in der sie wohnen. Es gibt in der Bundesrepublik noch Gemeinden, die in sozialer Hinsicht rückständig sind. Es gibt noch Gemeinden ohne Kanalisation, ohne ausreichende Wasserversorgung, ohne ausreichende Schulräume. Es gibt noch Gemeinden mit unmöglichen Ortsdurchfahrten, Gemeinden, deren Kulturstand dank der Entwicklungshilfe bald von manchen Dorfgemeinschaften in den Entwicklungsländern eingeholt bzw. übertroffen sein wird. Das Grundgesetz verpflichtet die Länder, für die Gemeinden finanziell zu sorgen. Bei der Beurteilung der hier gegebenen Möglichkeiten geht es also nicht nur um Steuereinnahme-Vergleiche zwischen Bund und Ländern, sondern auch um das Schicksal der Gemeinden. Nicht selten gewinnt man in Bonn den Eindruck, daß es mit der Gemeindefreundlichkeit maßgeblicher Bundesinstanzen nicht weit her ist.

Für 1963 haben die Länder im Schnitt die Steuererwartungen höher eingeschätzt als der Bund. Die letzten Veröffentlichungen zeigen, daß der Bund realer geschätzt hat. Trotzdem ist ein endgültiges Urteil erst nach Jahreschluß möglich. Heute aber, da die letzten Feststellungen aufweisen, daß die Steuereinnahmen nur um 5,8 Prozent gestiegen sind, wirken sich diese Zahlen eher gegen die überhöhten Bundesforderungen aus als für sie.

Die Gemeinden sind im Verhältnis erheblich stärker verschuldet als der Bund, auch die Länder sind im Vergleich zum Bund stärker verschuldet. Dem Bund bietet sich noch immer der Ausweg an, vermögenswirksame Ausgaben durch Kapitalbeschaffung zu finanzieren oder die Ausgaben zu unterlassen, soweit die Kapitalbeschaffung nicht möglich ist. Den Gemeinden bietet sich bei Kürzung der Länderdotationen dieser Ausweg wesentlich weniger an, sie sind schon stark verschuldet. Die Länder kämpfen mit ihrer Weigerung, dem Bund mehr als 38 Prozent Steueranteil anzubieten, zugleich auch für die Gemeinden. Es wird sich zeigen, wer den härtesten Kopf hat oder - wer es besser versteht, die völlig frei und unabhängig stimmenden Mitglieder des Vermittlungsausschusses für sich zu gewinnen. Die Öffentlichkeit wird die bevorstehende Entscheidung des Vermittlungsausschusses mit Aufmerksamkeit beobachten.

### Auch ein nationaler Notstand

Kultusministerkonferenz empfiehlt Maßnahmen gegen Lehrermangel

Von Dieter Bielenstein

Die Schülerzahlen werden bis 1970 an den Volks- und Mittelschulen um über eine Million steigen, die Zahl der Lehrkräfte kann dagegen nach den bisherigen Berechnungen nur um 50.000 zunehmen. 45 Prozent der Lehrer werden noch in diesem Jahrzehnt wegen Überalterung aus dem Dienst scheiden. Zugleich geht die Zahl der Abiturienten wegen der schwächeren Geburtenjahrgänge zurück, was nicht ohne Auswirkung auf den Lehrernachwuchs bleibt. Bei diesem Stand der Dinge wird es nicht möglich sein, notwendige Verbesserungen im Schulwesen wie die Einführung des 9. Schuljahres, die Senkung der Schülerzahlen je Klasse oder den Ausbau der Volksschuloberstufe in allen Bundesländern vorzunehmen. Aber gerade dieses "gebieten die berechtigten Ansprüche der Gesellschaft und die pädagogischen Notwendigkeiten auch im Blick auf internationale Entwicklungen im Bildungs- und Schulwesen".

So pessimistisch beginnt eine Erklärung der Kultusministerkonferenz, die sich auf ihrer 96. Plenarsitzung in Bonn unter Vorsitz des Bremer Bildungssenators Willy Lehnkamp mit der Deckung des Lehrerberarfs befaßte. Not- und Übergangsmaßnahmen - von manchen Ländern schon eingeleitet - sind daher unvermeidlich, um den krgsten Mißständen vorzubeugen oder sie zu beseitigen. Allerdings gehen die Kultusminister dabei von dem Grundsatz aus, daß die Hochschulbildung der Lehrer unangetastet bleiben muß.

### Notbehelfe reichen nicht aus

Acht vorgeschlagene langfristige Maßnahmen werden allerdings das Problem erst eigentlich lösen. Die Erhöhung der Abiturientenzahlen durch Ausschöpfung der Begabungsreserven ist die Voraussetzung dazu, daß der Zugang zu den lehrerbildenden Hochschulen vermehrt werden kann, denn 90 Prozent der Pädagogik-Studenten besitzen heute das Abitur. Ein engeres Netz von Gymnasien, vor allem in verkehrsbenachteiligten Räumen und Wohngebieten der Industriebevölkerung, ein planmäßiger und schneller Ausbau der Wege zur Hochschulreife für Mittel- und Realschulabsolventen, die verstärkte Förderung der gymnasialen Mädchenbildung bis zum Abitur und Bemühungen gegen die Abwanderung von Gymnasiasten nach der mittleren Reife sollen diesem Ziel dienen. Außerdem ist die "Vorstärkung der Mittel für Erziehungsbeihilfen erforderlich". Die Sonderzugänge zu den pädagogischen Hochschulen sowie die Ausbildung musisch-technischer Lehrkräfte ohne Abitur sind weiterhin ausbaufähig. Zudem müssen die lehrerbildenden Hochschulen in ihrer besonderen Frögun weiterentwickelt und sachlich und personell besser ausgestattet werden, da sie in ihrer Anziehungskraft hinter den anderen akademischen Ausbildungstätten nicht zurückbleiben dürfen.

Die Wiedereinstellung ausgeschiedener Lehrerinnen bietet eine weitere Chance. 47 Prozent aller Lehrer stellen heute weibliche Lehrkräfte. Die Hälfte aller vorzeitig ausscheidenden Lehrerinnen quittieren wegen Verheiratung den Dienst, doch viele könnten man in späterem Lebensalter wieder für den Beruf interessieren. Die Möglichkeiten technischer Hilfsmittel für den Unterricht, wie Film, Funk und Fernsehen, sind bei uns noch nicht ausgeschöpft, auch die Einstellung von Schulhelfern nach ausländischem Vorbild wäre zu prüfen. Schließlich wird der Vorschlag einer eigentständigen Lehrerbesoldungsordnung, in der den spezifischen Differenzierungen im Lehrerberuf besser Rechnung getragen werden kann als bei der Eingliederung in die allgemeine Beamtenbesoldung, großes Gewicht gewinnen.

#### Vor der Katastrophe ?

Viele dieser Vorschläge der Kultusministerkonferenz sind nicht neu. Niedersachsen, Hessen und Hamourg vor allem haben seit Jahren ihre pädagogischen Hochschulen bzw. die Lehrerbildung an der Universität in ihrem inneren und äußeren Charakter vorbildlich ausgebaut. Noch am 30. Januar 1963 stellte Ministerpräsident Dr. Georg-August Zinn in seiner Regierungserklärung fest:

"Nach dem geglückten Start der Hochschulen für Erziehung kam im Herbst 1963 an der technischen Hochschule in Darmstadt die Ausbildung der Gewerbelehrer und an der Universität in Gießen die der landwirtschaftlichen und hauswirtschaftlichen Lehrer aufgenommen werden. Mit dem Neubau der Hochschule in Gießen wird demnächst begonnen und auch in Frankfurt soll noch in diesem Jahr der erste Spatenstich folgen."

So hält sich der heutige Fehlbedarf an Lehrern in Hessen noch in engen Grenzen. In Niedersachsen wiederum sammelte man bereits die ersten Erfahrungen mit der Wiedereinstellung von Lehrerinnen. Und die SFD-Fraktion des Bundestages setzte sich noch in der letzten Bundestagssitzung gegen die Stimmen der CDU, DSU erfolgreich für die Einführung einer Besoldungsgruppe für Lehrer und Hochschullehrer ein, die ihnen eine gesonderte beamtenrechtliche Laufbahn eröffnen soll.

Dem Lehrermangel ist also - wenn man will und Ideen in die Tat umsetzt - zu steuern. Ob dieses nun in allen Ländern erfolgen oder unser Schulwesen in die Katastrophe treiben wird, bleibt offen. Es wird aber keiner mehr sagen können, man habe es nicht gewußt.

+ + +

## In Peru: Rückkehr zur Demokratie ?

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, welche am 9. Juni in Peru stattfanden, sind allen Nachrichten nach in förmlicher Innehaltung demokratischer Regeln verlaufen. Der Führer der sozial-fortschrittlichen und für die Zusammenarbeit mit dem Westen eintretende APRA-Bewegung, Haya de la Torre, gegen den sich in erster Linie der Militärschutzbund im Juli vorigen Jahres gerichtet hatte, dürfte aus der Emigration zurückkehren, wurde von der Generalregierung als Präsidentschaftskandidat zugelassen und ebenso wie seine Partei in der Wahlpropaganda nicht behindert. Das gleiche galt für den konservativen Kandidaten, Manuel Odria. Dazu vermied die Militärregierung, öffentlich und mit diktatorischen Hilfsmitteln für den Präsidentschaftskandidaten einzutreten, der in weiten Kreisen als ihr Mann genannt wurde und schließlich auch die höchste Stimmenzahl erreichte: Fernando Belaunde, Führer der linksgerichteten und mit dem Fidelismus liebäugelnden "Volksaktion". Um den Wahlen ein einwandfreies demokratisches Gesicht zu geben, hatte das Generalkabinett die Listen der Wahlberechtigten nach Vorschlägen von UNO-Experten überprüfen lassen und einen einheitlichen Stimmzettel vorgeschrieben mit den Namen der drei Präsidentschaftskandidaten und der drei zugelassenen Parteien. Polizei und Militär sorgten dafür, daß die Ankreuzung der Stimmzettel in Zellen geschah und die Wähler ihren Stimmzettel selbst gefaltet in die Urne warfen.

Diese Einzelheiten verdienen aufgeführt zu werden, denn sie betreffen ein Land, in welchem Wahlfälschungen ebenso an der Tagesordnung waren wie Diktaturen und in welchem über die Hälfte der Einwohner von der Ausübung des Wahlrechtes ausgeschlossen ist, weil sie Analphabeten sind. Durchführung und Ausfall der Wahlen verdienen internationale Beachtung nicht nur, weil Peru das drittgrößte Land Südamerikas ist, sondern noch mehr, weil die Militärregierung seinerzeit durch einen Abbruch der politischen Beziehungen von Seiten der Vereinigten Staaten und der demokratischen Länder Lateinamerikas veranlaßt wurde, ihre Regierung als Provisorium zu bezeichnen und demokratische Wahlen zu versprechen. Sie unterstrichen ihre Einfügung in die westliche Welt durch die Zulassung von Entwicklungsplänen- und -vorhaben sozialer Natur der UNO und Washingtons in den unterentwickelten Indiogebieten des Landes. Auch die gewerkschaftliche Betätigung durfte nach anfänglichen Behinderungen fortgesetzt werden.

Noch ist jedoch nicht sicher, ob die Militärdiktatur einer parlamentarischen Regierung Platz machen wird und kann. Die "Volksaktion" des Siegers in den Präsidentschaftswahlen, Belaunde, hat als Fraktion nicht die Mehrheit im Parlament erreicht. Die APRA könnte zusammen mit der sogenannten "Konservativen" des Generals Odria eine Mehrheit stellen, jedoch wäre diese sehr knapp und es ist keineswegs sicher, daß Odria und Haya de la Torre ein einheitliches Programm finden. Noch fraglicher ist aber, ob die Partei Odrias geschlossen sich einer Regierung Belaunde zur Verfügung stellt und ausgeschlossen dürfte eine Koalition zwischen der Apristas und der Volksaktion sein. Die letztere entstand Anfang der 1950er Jahre als Splitterpartei der APRA, sie versuchte durch eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten die Gewerkschafter zu erobern - was

nicht hinderte, daß sie bei den letzten Wahlen sich mit reaktionären Kreisen verbündete. Eine "Christlich-Demokratische Partei", die bei früheren Wahlen selbständig aufgetreten war, gliederte sich der "Volksaktion" ein, was nicht zuletzt von der Militärdiktatur als Abkehr vom Kommunismus gern gesehen wurde. Aber die Hoffnung, mit dieser Eingliederung die Mehrheit im Parlament zu erreichen, erfüllte sich nicht, und vor allem in der APRA und in den dem Internationalen Freien Gewerkschaftsbund angeschlossenen peruanischen Gewerkschaften hat Belaunde und seine Partei eine Gegnerschaft, die bereit ist, Versuche einer Ablösung der Militärdiktatur durch ein autoritäres Regime Belaunde mit allen Mitteln zu verhindern.

- + +

### Volkswagenaktier

Eine Entscheidung auf die Hunderttausende warten

sp - Die Reprivatisierung des Volkswagenwerkes durch den Verkauf von Aktien ist unter dem lobenswerten Gesichtspunkt der Eigentumsübertragung erfolgt. Das Bundesschatzministerium versprach sich außerdem von dieser Transaktion einen Wahlschlag für die Unionsparteien, der freilich nicht die Wirkung zeitigte, die man von ihr erwartete. Viele hunderttausende Bundesbürger erwarben Aktien des größten deutschen Industrieunternehmens, sie brauchten bei den Banken nur anzugeben, daß sie über ein bestimmtes Einkommen verfügen, um in den Genuß des Sozialrabatts zu kommen. Warnende Stimmen wiesen schon damals auf die Lückenhaftigkeit dieses Gesetzes hin, denn eine Nachprüfung, ob die Angaben auch wirklich stimmten, konnte gar nicht erfolgen. Inzwischen haben viele Aktien ihren Besitzer gewechselt und sind in die Hände jener gelangt, die es von vornherein auf einen größeren Erwerb abgesehen hatten. Es gelang ihnen mit Hilfe von Strohmännern; dieser Ausweg hat gewiß nicht im Sinne des Gesetzgebers gelegen, er bot sich von selbst an.

Ist nun der Erwerb von Aktien durch Strohmänner oder falsche Angaben ein abendungswürdiger Betrug oder nicht? Mit dieser kniffligen Frage hatte sich in einem Revisionsverfahren das Berliner Landgericht zu befassen, das zur Auffassung kam, es sei doch ein Betrug, womit es sich in Widerspruch zur Erkenntnis des 5. Strafsenats des Bundesgerichtshofes setzte. Bei dem Fall handelte es sich um einen Mann, der 67 Aktien durch Strohmänner aufkaufen ließ und damit zu viel Geld bekam. Der 5. Strafsenat verneinte die Betrugsabsicht, da das Privatisierungsgesetz keine Einschränkungen des Aktienerwerbs enthalte. Nun soll der Große Senat für Strafsachen des Bundesgerichtshofes eine gültige Entscheidung fällen. Sollte sie im Sinne des Berliner Landgerichts liegen, dann dürfte wohl ein ganzer Rattenschwanz von Prozessen wegen Betrugs die deutschen Gerichte noch beschäftigen. Doch die eigentliche Schuld liegt wohl beim Gesetz und jenen, die es im Bundestag durchsetzten. Denn sie führten viele Menschen in die Versuchung... Der Gesetzgeber hätte dies voraussehen müssen.